



# Koalition halbherzig bei der Offenlegung

## Gesetzentwürfe der Koalition und der LINKEN zur Offenlegung von Nebeneinkünften

**Im Juli-Plenum brachte die CDU/SPD-Koalition einen eigenen Gesetzentwurf zur Offenlegung von Nebentätigkeiten und Nebeneinkünften von Abgeordneten ein. Seit November 2012 liegt ein Entwurf der LINKE-Fraktion zu diesem Thema vor und hatte im Justizausschuss schon eine schriftliche Sachverständigen-Anhörung mit viel Zustimmung.**

Nachdem die Diskussion um Nebentätigkeiten und Nebeneinkünfte von Abgeordneten durch „akute Vorgänge“ im Bundestag 2012 wieder intensiver geworden war, stellte die LINKE-Fraktion eine aktualisierte Fassung ihres Gesetzentwurfs vom Juli 2007 erneut zur Debatte. Abgeordneter Knut Korschewsky erinnerte im Plenum daran, dass die LINKE sofort nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Offenlegung von Nebentätigkeiten aktiv geworden war – leider ohne Erfolg. Nun hat sich die CDU/SPD-Koalition bewegt.

Korschewsky verwies mit Blick auf den Koalitionsentwurf auf Übereinstimmungen und Unterschiede. Das Verbot von finanziellen Leistungen an Abgeordnete ohne Arbeitsgegenleistung findet sich im LINKE-Entwurf schon. Die Kategorien der Offenlegung sind in beiden Entwürfen sehr vergleichbar. Der CDU/SPD-Entwurf enthält auch die Offenlegung von Unternehmensbeteiligungen. Eine so weitreichende Übereinstimmung war nicht

zu erwarten gewesen. Auch die Koalition will ein Verfahren zur Feststellung und Sanktionierung von Verstößen gegen Transparenzpflichten.

Doch deutliche Unterschiede sind: Die Koalition will das Stufenmodell des Bundestages in Thüringen einführen – erst ab der neuen Wahlperiode. Die Thüringer SPD, die im Herbst 2008 auch Vorschläge zur Offenlegung eingebracht hatte, bleibt damit hinter eigenen Positionen zurück. Dieses Stufenmodell ist ungeeignet – so zahlreiche Fachleute, darunter viele in der Thüringer Anhörung, z.B. Prof. Morlok – zur Herstellung von Transparenz.

### Stufenmodell gescheitert

„Das Stufenmodell ist Verschleierung statt Transparenz und ist daher eine Quelle des Misstrauens. Deshalb ist Offenlegung auf Euro und Cent und ohne Freigrenzen notwendig“, betonte Knut Korschewsky. Vor allem CDU und FDP verteidigten das Stufenmodell – die Freigrenzen von 1000 Euro im Monat bzw. 10.000 Euro im Jahr eingeschlossen – mit der Behauptung, das sei aus Datenschutzgründen für Selbstständige und Freiberufler notwendig. Sonst kämen diese nicht mehr in die Parlamente.

Doch: Der Landesdatenschutzbeauftragte hat den LINKE-Vorschlägen bescheinigt, dass sie allen (verfassungs-)rechtlichen und datenschutzrechtlichen Vorgaben entsprechen. Und: Das Parlament soll ein „sozialer Spiegel“

der Gesellschaft sein. Eine Erhebung, zum Bundestag zwischen 2005 und 2009 ergab: Während der Bevölkerungsanteil der Selbständigen und freien Berufe „nur“ elf Prozent ausmacht, gehörten 22,5 Prozent der Abgeordneten dieser Gruppe an. Kategorie Öffentlicher Dienst (Beamte und Angestellte): Ihr Bevölkerungsanteil macht sechs Prozent aus, im Bundestag kamen 40,2 Prozent der Abgeordneten von dort. Dagegen sind 54 Prozent der Bevölkerung Angestellte außerhalb des Öffentlichen Dienstes, aber nur 27 Prozent der Abgeordneten waren dieser Gruppe zuzurechnen.

Besonders deutlich wird das Missverhältnis bei der Gruppe „Arbeiter außerhalb des öffentlichen Dienstes“: Ihr gehören 28 Prozent der Bevölkerung an, aber nur 0,5 Prozent der Abgeordneten kamen aus dieser Gruppe. „Angesichts dieser Zahlen stellt sich nicht so sehr die Frage, ob Transparenzregelungen Zugangshürden sein könnten – was sie real nicht sind. Vielmehr ist das Problem zu lösen, dass Bevölkerungsgruppen in fast schon dramatischer Weise im Parlament unterrepräsentiert sind. Solche unsozialen gesellschaftlichen Ausgrenzungsmechanismen sind ein schwerwiegendes Defizit parlamentarischer Demokratie, das beseitigt werden muss“, so Knut Korschewsky – auch mit Blick auf Lobbygefahren. Der Koalitionsentwurf ist in den Justizausschuss überwiesen und es soll eine weitere Anhörung geben.

Sandra Steck

## AKTUELL

# Ferienbeginn mit schlechtem Zeugnis

Für die rund 180.000 Schülerinnen und Schüler in Thüringen begannen am 15. Juli die sechswöchigen Sommerferien, die am 24. August enden. Anlässlich der Zeugnisübergabe am 12. Juli hatte Dirk Möller, schulpolitischer Sprecher der Linksfraktion, kritisiert, dass die drängendsten Probleme immer noch nicht gelöst wurden. Daher könne dem Thüringer Bildungsminister Christoph Matschie (SPD) für seine Leistungen kein gutes Zeugnis ausgestellt werden. „Eines der zentralen Probleme ist immer noch der Lehrermangel. Mit ihm verbunden sind enorme Arbeitsbelastungen für Lehrerinnen und Lehrer sowie Unterrichtsausfall. Dazu gehören sowohl ersatzloser Ausfall von Unter-

richtsstunden als auch fachfremdvertretener Unterricht, der bis zu zehn Prozent der Gesamtstundenzahl ausmacht. Die dringend benötigte Personalreserve wurde bis zuletzt vom zuständigen Minister hinausgeschoben und eine wirkliche Verbesserung ist auch für das kommende Schuljahr 2013/2014 nicht in Sicht“, konstatierte Dirk Möller.

Dass der Fachkräftemangel an Schulen nicht einfach totgeschwiegen werden könne, belegten auch die vielen Demonstrationen von Schülerinnen und Schülern, so der LINKE-Politiker weiter. Besonders bei der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention müsse nun darauf geachtet werden, dass Schulen mit entsprechendem Fachpersonal ausgestattet werden.

Der LINKE Inklusionspolitiker Maik Nothnagel hatte auf die Novellierung des Thüringer Förderschulgesetzes im Jahr 2003 verwiesen. Seither ist die Integrationsquote von 9,7 Prozent im Schuljahr 2004/2005 auf 27,5 Prozent im Schuljahr 2011/2012 gestiegen. Dennoch bestehe erheblicher Nachholbedarf, „bis gemeinsames Lernen behinderter und nicht behinderter Kinder zur Regel geworden ist“.

„Die Akteure vor Ort dürfen nicht allein gelassen werden“, forderte Dirk Möller. Mit den jetzigen Rahmenbedingungen sei Inklusion „zum Scheitern verurteilt“, schüre Ressentiments und verbaue ganzen Generationen von Kindern eine wirkliche Gleichberechtigung und Chancengerechtigkeit im Schulsystem.

## KOMMENTIERT:

von Sabine Berninger

### Nicht ausschließen

*Die Linksfraktion hat dem Landtag einen Antrag vorgelegt, mit dem die Landesregierung aufgefordert werden soll, durch eine Bundesratsinitiative zur Änderung des Grundgesetzes die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Nicht-Deutsche, die ihren Wohnsitz seit mindestens fünf Jahren in der Bundesrepublik haben, ein aktives und passives Wahlrecht erhalten. Immer wieder sprach sich die LINKE dafür aus, dass dauerhaft hier lebende Menschen auch aktiv an der Entwicklung gesellschaftlicher Verhältnisse mitwirken können.*

*Die Ausweitung des aktiven und passiven Wahlrechts auf Nicht-Deutsche ist nach Urteil des Bundesverfassungsgerichtes aus dem Jahr 1990 derzeit nicht möglich. Dies betrifft sowohl Bundes- und Landtagswahlen als auch Kommunalwahlen. Lediglich bei Kommunalwahlen wurde für EU-Angehörige infolge europäischen Rechts eine Regelung im Grundgesetz aufgenommen.*

*Diese Ausgrenzung von der politischen Mitwirkung bzw. Beschränkung auf den öffentlichen Diskussionsprozess ist weder zeitgemäß noch entspricht dies den Lebensrealitäten vieler Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt unabhängig von einer Zugehörigkeit zu einer Staatsbürgerschaft wählen. Eine Ausweitung des Wahlrechts auf Nicht-Deutsche würde den Ausschluss eines großen Teils der EinwohnerInnen beenden. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der zum 31.12.2011 6,9 Millionen Nicht-Deutschen in der Bundesrepublik beträgt 19 Jahre. Etwa 5,5 Millionen Menschen leben bereits seit mehr als sechs Jahren in der Bundesrepublik.*

*Nicht-Deutsche mit rechtmäßigem Wohnsitz sind nicht nur gehalten, durch den Gesetzgeber und durch Regierungen verabschiedete gesetzliche wie untergesetzliche Regelungen einzuhalten, sie sind dadurch auch unmittelbar betroffen von diesen Entscheidungen, ohne bislang selbst auf sie im Sinne tatsächlicher Mitbestimmung Einfluss nehmen zu können.*

*Die vielfach diskutierte Herausforderung zur Integration von MigrantInnen und Menschen mit Migrationshintergrund entscheidet sich letztlich am Zugang zu gleichen politischen wie auch sozialen Rechten. Das aktive und passive Wahlrecht ist daher notwendige Grundvoraussetzung.*